

Die DDR
Geschichte und Strukturen

Kompaktwissen Geschichte

Die DDR

Geschichte und Strukturen

Von Klaus Schroeder

Reclam

*Für Laura,
die ihren Weg gehen wird*

2., aktualisierte und ergänzte Auflage 2019

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 17091

2011, 2019 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,
Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Gestaltung: Cornelia Feyll, Friedrich Forssman

Druck und Bindung: Kösel GmbH & Co. KG,

Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell

Printed in Germany 2019

RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken
der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-017091-5

www.reclam.de

Inhalt

Vorwort 11

Teil A: Geschichte

1. Das besiegte Deutschland 13
 - 1.1 Nachkriegsplanungen der KPD im Moskauer Exil 14
2. Sozialistische Umgestaltung und Sowjetisierung 17
 - 2.1 Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) 20
 - 2.2 Die Gründung weiterer Parteien und Massenorganisationen 24
 - 2.3 Die sozialistische Umgestaltung 28
 - 2.4 Speziallager 33
 - 2.5 Entnazifizierung und Integration ehemaliger Nazis 34
3. Die Gründung der DDR und das Staatsverständnis der SED 38
 - Überblick: Das politische System – Machtmonopol der SED und Gewalteneinheit 47
4. Der Aufbau des Sozialismus und der Volksaufstand im Juni 1953 50
 - 4.1 Antizionismus und Antisemitismus im SED-Staat 51
 - Überblick: Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus – das tabuisierte Erbe des SED-Staates 53
 - 4.2 Der Sicherheitsapparat 55
 - Überblick: Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) – Schild und Schwert der SED 55
 - 4.3 Die ideologiezentrierte Legitimation des SED-Staates 58
 - Überblick: Die Rolle des Sports und der Sportpolitik 60
 - 4.4 Volkserhebung gegen die sozialistische Diktatur 61

- 4.5 Die Konsolidierung der Macht 65
 - Überblick: Das Netz der Sicherheitsorgane und die Militarisierung der Gesellschaft 66
- 5. Zaghafte Entstalinisierung 68
 - 5.1 Abrechnung mit Stalin 69
 - 5.2 Reaktionen in der DDR auf den ungarischen Volksaufstand 70
 - 5.3 Die Kollektivierung der Landwirtschaft 75
 - Überblick: Ethik und Moral im SED-Staat – der neue Mensch 77
- 6. Der Bau der Berliner Mauer und die Abriegelung der innerdeutschen Grenze 79
 - 6.1 Wirtschaftliche Probleme und wachsende Unzufriedenheit 80
 - 6.2 Die Einbetonierung der DDR 83
 - Überblick: Das Grenzregime – ein Volk in Verwahrung 86
- 7. Der kurze Frühling der Hoffnungen 88
 - 7.1 Die Niederschlagung des Prager Frühlings 92
- 8. Von Ulbricht zu Honecker 94
 - 8.1 Wandel der deutsch-deutschen Beziehungen 95
 - 8.2 Die DDR am Ende der Ära Ulbricht 99
 - 8.3 Der politische Sturz 100
 - Überblick: Sozialistische Außenpolitik 101
- 9. Die Zeit der sozialpolitischen Offensiven 104
 - 9.1 Die Sicherung der Macht 105
 - 9.2 Kulturpolitische Lockerungen 108
 - 9.3 Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik 109
 - Überblick: Leben in der DDR – Alltag und Betrieb 110

- 10. Der Weg in die Stagnation 115
 - 10.1 Die Auswirkungen der KSZE-Schlussakte 115
 - 10.2 Die Gestaltung der »entwickelten sozialistischen Gesellschaft« 117
 - 10.3 Abwärtsspirale der Volkswirtschaft 117
 - Überblick: Das ökonomische System – zentralistische Planwirtschaft und Umweltzerstörung 118
 - 10.4 Die Krise im sozialistischen Lager 121

- 11. Schleichender Niedergang 123
 - 11.1 Die Suche nach Legitimation 124
 - 11.2 Der innerdeutsche Dialog 124
 - 11.3 Die innere Erosion des Staatssozialismus 126
 - Überblick: Dissidenz, Opposition und Widerstand – aktive und passive Verweigerung 128
 - 11.4 Der Sozialismus in den Farben der DDR 131
 - 11.5 Der wirtschaftliche Niedergang 132

- 12. Der Zusammenbruch der DDR und die vergeblichen Rettungsversuche der SED 135
 - 12.1 Die Entmachtung von Erich Honecker 135
 - 12.2 Der Fall der Mauer 138
 - 12.3 Der wirtschaftliche Offenbarungseid 142
 - 12.4 Der vergebliche Versuch, die DDR zu retten 143
 - 12.5 Die Wende der SED 146
 - 12.6 Der Weg zur Wiedervereinigung 148

- 13. Kennzeichen der SED-Herrschaft 151
 - 13.1 Umsetzung und Grenzen des kommunistischen Machtanspruchs 151

Teil B: Dokumente

- 1 Nachkriegsplanungen der KPD (März 1944) 157
 - 2 SMAD-Befehl Nr. 2 zur Zulassung von Parteien (10. Juni 1945) 160
 - 3 Telegramm zur Gründung der DDR (Stalin an Pieck/Grotewohl; 13. Okt. 1949) 162
 - 4 Grundsätze und Ziele der FDJ (1952) 162
 - 5 Definition des sozialistischen Rechts 164
 - 6 Beschluss des Demokratischen Blocks über Kandidatenlisten zu den Wahlen (15. Okt. 1950) 165
 - 7 Text der Staatshymne der DDR 166
 - 8 Liedtext »Die Partei hat immer recht« (1950) 167
 - 9 Erklärung des Ausnahmezustandes im Sowjetischen Sektor von Berlin (17. Juni 1953) 168
 - 10 Kommentar des SED-Propagandisten K. E. von Schnitzler zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 169
 - 11 Rundfunkansprache des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin (18. Juni 1953) 171
 - 12 Offizielle Begründung, warum es in der DDR keine Opposition geben darf (Mai 1957) 173
 - 13 Walter Ulbrichts 10 Gebote für den neuen sozialistischen Menschen (10. Juli 1958) 174
 - 14 Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin zum Beginn des Mauerbaus (13. Aug. 1961) 175
 - 15 Offizieller Bericht über das tödliche Ende eines Fluchtversuchs (5. Juni 1962) 176
 - 16 Erich Honecker über »schädliche Tendenzen« in der Kunst (Dez. 1965) 180
 - 17 MfS-Strategie zur »Zersetzung feindlich-negativer Kräfte« 182
 - 18 Eingabe von Dagmar [N. N.] an Erich Honecker 185
 - 19 Programm der SED (22. Mai 1976) 187
- 8 Inhalt

- 20 Auftrag an in die Grenztruppen eingeschleuste
MfS-Mitarbeiter (Dez. 1974) 190
 - 21 Vom MfS erstellte Klassifizierungsmerkmale
von negativen jugendlichen Gruppen 191
 - 22 Gründungsaufruf des Neuen Forums
(10. Sept. 1989) 193
 - 23 Beschluss des SED-Politbüros und des Ministerrats
für Reisen und ständige Ausreise aus der DDR
(9. Nov. 1989) 195
 - 24 Referat des MfS-Generalleutnant Kleine zur Lage der
DDR-Wirtschaft (27. Okt. 1989) 196
 - 25 Aufruf »Für unser Land« (26. Nov. 1989) 202
 - 26 Ausführungen des Leiters des Medizinischen Dienstes
der MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt
(23. Nov. 1989) 203
 - 27 Information über Bareinzahlungen in zivilen Sparkassen
(13. Dez. 1989) 204
 - 28 Grundsätze für Isolierungslager (14. Nov. 1983) 205
 - 29 Schweige- und Verpflichtungserklärung eines
minderjährigen Inoffiziellen Mitarbeiters des MfS
(6. Dez. 1974) 208
 - 30 MfS-Information über Versorgungsmängel
(Sept. 1987) 209
 - 31 Brief von I. Lange an G. Kleiber über Damenschlüpfer
zum Selbstnähen (16. Aug. 1989) 212
 - 32 Gelöbnis zur Jugendweihe (1968 bis 1989) 214
 - 33 Gängige Losungen in der DDR 215
 - 34 Typische Witze in der DDR 216
-
- Literaturhinweise 220
 - Abkürzungsverzeichnis 222
 - Quellennachweise für die Dokumente 224
 - Zum Autor 228

Vorwort

Am 3. Oktober 1990 wurde die gut vierzig Jahre zuvor gegründete Deutsche Demokratische Republik (DDR) Geschichte. Sie war als Folge der bedingungslosen Niederlage im vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselten Weltkrieg entstanden und ging unter, als die Menschen mit Massendemonstrationen und Massenflucht den Fall der Mauer und den Sturz der Diktatur erzwangen.

Seit nunmehr zwanzig Jahren erleben wir in Deutschland eine geschichtspolitische Auseinandersetzung um die Frage, was die DDR auszeichnete und wie sie einzuordnen ist. Oftmals mangelt es den Debatten an Kenntnissen über Entwicklung und Strukturen dieses deutschen Teilstaates. Dem möchte dieses Buch abhelfen, indem es die wichtigsten Stationen und Charakteristika der DDR beschreibt und dokumentiert.

Der Band hätte ohne Hilfe nicht in einer vergleichsweise kurzen Zeit fertiggestellt werden können. Tom Reichard und Laura Schroeder recherchierten Dokumente, Tabellen und Schaubilder und bereiteten sie für den Druck vor. Monika Deutz-Schroeder hat mehrfach den gesamten Text sorgfältig redigiert. Ihnen allen gilt mein herzlicher Dank. Darüber hinaus danke ich Cornelia Bronder, die in gewohnter Schnelligkeit und Sorgfalt den Text geschrieben hat.

Berlin, 3. Oktober 2010

Aufgrund der anhaltend hohen und guten Resonanz seit Erscheinen habe ich mich zu einer Überarbeitung und Ergänzung des Buches entschieden. Einzelne Kapitel wurden ergänzt, die seit 2010 erschienene relevante Literatur berücksichtigt. Die Dokumente sind unverändert geblieben.

Berlin, 16. Januar 2019

Teil A

Geschichte

1. Das besiegte Deutschland

Der vom nationalsozialistischen Deutschland in Europa entfesselte Zweite Weltkrieg führte die Kriegsgegner des Deutschen Reiches zu einem Zweckbündnis – der »Anti-Hitler-Koalition« – zusammen, dem es bis Kriegsende jedoch nicht gelang, gemeinsame Vorstellungen für Nachkriegsdeutschland zu entwickeln. Das Misstrauen zwischen den westlichen Alliierten (USA, Großbritannien, Frankreich) und der Sowjetunion verhinderte eine gemeinsame Deutschlandpolitik. Da das nationalsozialistische Regime bis Kriegsende seine Herrschaft ungeschmälert aufrechterhalten konnte, brachte erst die »bedingungslose Kapitulation« den Zusammenbruch der NS-Herrschaft, der zugleich auch das vorläufige Ende der deutschen Staatlichkeit bedeutete. Das weitere Schicksal Deutschlands hing weitgehend von der (unterschiedlichen) Politik der alliierten Siegermächte ab. Deutschland lag 1945 am Boden – militärisch, ökonomisch, politisch und moralisch.

Die Vorstellungen der Sowjetunion für Europa nach dem Ende des Krieges formulierte der sowjetische Diktator Josef Stalin im Jahre 1944 sehr deutlich: »Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.«¹

1 Zit. nach: Rolf Steininger, *Deutsche Geschichte nach 1945*, Bd. 1: 1945–1947, Frankfurt a. M. 1996, S. 86.

Die sowjetische Politik im Nachkriegsdeutschland zielte auf die Gewährleistung der eigenen Sicherheitsinteressen (Entmilitarisierung Deutschlands), Reparationen für den ökonomischen Wiederaufbau in der Sowjetunion sowie die Ausdehnung ihres Macht- und Einflussbereichs bis in die Mitte Europas. Stalin hielt sich mehrere Optionen offen. Je unwahrscheinlicher ein unter sowjetischem Einfluss stehendes Gesamtdeutschland wurde, umso mehr forcierte er die Errichtung eines sowjetisierten deutschen Teilstaats.

Die Sowjetunion konnte ihre Interessen auf mehreren Konferenzen (Teheran, Jalta und Potsdam) gegenüber den Westalliierten in vielen Punkten durchsetzen. Zwar waren sich die Alliierten in allgemeinen politischen Grundsätzen der Besatzungspolitik einig (Demilitarisierung, Entnazifizierung, Entflechtung der Konzerne sowie Dezentralisierung und Demokratisierung der Macht), über konkrete Schlussfolgerungen daraus existierte aber Dissens. Stärkste Differenzen zwischen der Sowjetunion und den drei Westalliierten bestanden in der Interpretation von »Demokratie«: Dem Konzept einer parlamentarischen, pluralistisch geprägten Demokratie stand die so genannte Volksdemokratie gegenüber, in der die Kommunistische Partei angeblich den Willen der Bevölkerungsmehrheit, vor allem der Arbeiterklasse, repräsentierte.

1.1 Nachkriegsplanungen der KPD im Moskauer Exil

Nach dem Verbot der KPD durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933, der schnellen Zerschlagung ihres Parteiapparats und der Inhaftierung von Zehntausenden ihrer Mitglieder emigrierten etwa 5000 bis 6000 deutsche Kommunisten ins Moskauer Exil. Dort fielen mehr als Tausend von ihnen, unter ihnen über 200 führende KPD-Funktionäre, den von Stalin

angeordneten »Säuberungen« zum Opfer.² Wer die stalinistischen Mordkommandos im sowjetischen Exil überlebte, war in vielfacher Weise gebrochen und hatte sehr oft ein von tiefem Misstrauen und Zynismus geprägtes Menschen- und Gesellschaftsbild verinnerlicht. Besonders schmerzhaft für überzeugte Kommunisten war der Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939. Die KPD musste auch diese Wendung in der sowjetischen Außenpolitik begrüßen und mittragen und sogar hinnehmen, dass Stalin Kommunisten an das nationalsozialistische Deutschland auslieferte.³

Die Führung der KPdSU, enttäuscht vom ausbleibenden Widerstand in Deutschland, den die deutschen Kommunisten immer wieder vorausgesagt hatten, beauftragte die KPD-Führung unmittelbar nach der Teheraner Konferenz 1942, Pläne für die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands auszuarbeiten. Dabei ging die Sowjetunion davon aus, ganz Deutschland kommunistisch zu beherrschen. Hauptziel war es, ein maßgeblich von der politischen Führungsrolle der KPD sowie der politischen und ökonomischen Vormachtstellung der Sowjetunion in Europa geprägtes Nachkriegsdeutschland zu schaffen, in dem perspektivisch eine sozialistische Gesellschaft nach sowjetischem Modell aufgebaut werden sollte. Zu diesem Zweck entwarf die KPD eine Bündnisstrategie, nach der die Parteien der Arbeiterbewegung gemeinsam mit bürgerlichen Kräften eine antifaschistische »kämpferische Demokratie« errichten sollten. Für den staatlich-politischen Raum war ein vordergründiger Pluralismus in Gestalt eines Blocks von

Vgl. Dokument 1,
S. 157

2 Vgl. Andreas Herbst / Hermann Weber, *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918–1945*, Berlin 2004.

3 Vgl. beispielhaft für das Schicksal dieser Kommunisten Margarete Buber-Neumann, *Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkel*, München 2002.

Parteien und Massenorganisationen vorgesehen mit der KPD als organisierendem und kontrollierendem Zentrum – unterstützt und gelenkt von den sowjetischen Besatzungsorganen.

Im Exil ging die KPD-Führung von der Vorreiterrolle ihrer Partei im Nachkriegsdeutschland aus. Der KPD-Vorsitzende und spätere – erste und einzige – Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, ließ im Januar 1944 keinen Zweifel an der geplanten Führungsrolle seiner Partei und bekräftigte das »Gelöbnis« der deutschen Kommunisten, »durch die Schaffung einer mächtigen, vom Geist des Marxismus, Leninismus, Stalinismus erfüllten einheitlichen Kampfpartei der deutschen Arbeiterklasse die Voraussetzungen zum Sieg unserer großen Sache zu schaffen«.⁴

Eine Zusammenarbeit mit der SPD, die man wenige Jahre zuvor noch als sozialfaschistisch bezeichnet hatte, sollte erfolgen, allerdings gleichzeitig darauf geachtet werden, dass der »Sozialdemokratismus« in der anzustrebenden Einheitspartei aus Kommunisten und Sozialdemokraten keine Rolle spielte. Die wichtigsten führenden Positionen sollten die so genannten Moskau-Kader übernehmen. Eine Vorhut von ihnen wurde Ende April / Anfang Mai 1945 von der Roten Armee nach Deutschland geflogen, um die Machtübernahme konkret vorzubereiten. Eine herausragende Rolle nahm dabei Walter Ulbricht ein, der die Maxime für die Machtübernahme vorgab: »Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten.«⁵

4 Zit. nach: Manfred Wilke, *Nach Hitler kommen wir – die Planungen der Moskauer KPD-Führung 1944–1945 für Nachkriegsdeutschland, Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin Nr. 11/1994*, Berlin 1994, S. 11.

5 Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Leipzig 1990, S. 406.

2. Sozialistische Umgestaltung und Sowjetisierung

Nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 verfügte die Sowjetunion über die Macht in dem von ihr besetzten Teil Deutschlands. Gemeinsam mit den anderen drei Siegermächten besaß sie am 5. Juni die oberste Regierungsgewalt in Deutschland.

Mit dem Befehl Nr. 1 vom 5. Juni 1945 errichtete sie die »Sowjetische Militäradministration in Deutschland« (SMAD). Diese baute innerhalb kürzester Zeit ein Befehls- und Kontrollnetz auf, das alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) durchdringen und umfassen sollte. Zwar konnte sich die Besatzungsmacht auf die KPD als »verlängerten Arm« stützen, aber konkrete Pläne und Vorgaben, die zum Beispiel die amerikanische Direktive JCS 1067 enthielt,⁶ existierten auf sowjetischer Seite nicht.

Weder die Sowjets noch die von ihnen eingesetzte SMAD stießen jenseits der Kommunisten auf Sympathie in der Bevölkerung, da es beim Einmarsch der Roten Armee zu massenhaften Plünderungen, Vergewaltigungen und Morden an der Zivilbevölkerung gekommen war, die die SMAD erst nach einigen Monaten eindämmen konnte. Die KPD wurde vielerorts als »Russenpartei« beschimpft, weil sie die Politik der Besatzungsmacht ohne Wenn und Aber unterstützte.

Mit ihrem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 gestattete die SMAD die Bildung oder Gründung antifaschistisch-demokratischer Parteien und Gewerkschaften in der sowjetischen Besatzungszone. Nur zwei Tage später veröffentlichte die

Vgl. Dokument 2,
S. 160

⁶ Vgl. Rolf Steininger, *Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden*, Bd. 1: 1945–1947, Frankfurt a. M. 1996, S. 46 ff.

»Deutsche Volkszeitung« in ihrer ersten Nummer den in der Vorwoche unter Stalins Kontrolle von der KPD-Führung erarbeiteten »Aufruf des ZK der KPD«, in den auch wesentliche Aspekte des Aktionsprogramms des »Blocks der kämpferischen Demokratie« eingingen. Die KPD ordnete ihre Programmatik zum inneren Aufbau der Ostzone der von Stalin geplanten Erweiterung des sowjetischen Einflusses auf Gesamtdeutschland unter und verzichtete aus taktischen Gründen vorerst darauf, das Ziel einer sozialistisch-kommunistischen Umgestaltung offensiv zu propagieren. Stattdessen sprach sie von einem »[...] Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk«. Weiterhin heißt es: »Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.«⁷

Als zweite Partei wurde die SPD zugelassen, deren Zentralausschuss sich am 15. Juni 1945 ebenfalls mit einem – deutlich radikaleren – Aufruf an die Bevölkerung wandte. Darin forderte sie die Enteignung des Großgrundbesitzes, die Verstaatlichung von Banken, Versicherungsunternehmen, Bergwerken und Energiewirtschaft sowie eine starke kommunale Selbstverwaltung. Der Zentralausschuss der Ost-SPD plädierte außerdem für eine Rückbesinnung auf den revolutionären Marxismus und eine schnelle Vereinigung mit den Kommunisten als Lehre aus der nationalsozialistischen Diktatur. Im »antifaschistischen Kampf« wollte man zwar mit den bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten, betrachtete diese aber eher als Gegner denn als Partner.

7 Zit. nach: Peter Erler / Horst Laude / Manfred Wilke (Hrsg.), *Nach Hitler kommen wir*, Berlin 1994, S. 394.

Trotz der Behinderung ihrer Aktivitäten durch die sowjetischen Besatzungsbehörden, die die KPD bevorzugten, verzeichnete die SPD einen für die KPD-Spitze alarmierend hohen Zulauf. Bereits im Herbst 1945 überstieg ihr Mitgliederstand in der sowjetischen Besatzungszone den von 1933. Die Mitgliederzahl lag bei etwa 300 000 Personen und damit um 50 000 über der der KPD.

Als dritte Partei ließ sich die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) bei der SMAD registrieren. In ihrem Gründungsaufruf vom 26. Juni 1945 bekannte sie sich zu christlicher, demokratischer und sozialer Politik, ohne sich allerdings genauer festzulegen. Nach einigem Zögern – die SMAD hatte mit einem Antrag der Zentrum-Partei und nicht mit dem einer neuen Partei gerechnet – wurde die CDU unter der ausdrücklichen Maßgabe, dem »Einheitsblock« der Parteien beizutreten, ebenfalls zugelassen. Bis Ende 1946 erhöhte sich ihre Mitgliederzahl in der sowjetischen Besatzungszone von knapp 70 000 auf etwa 190 000.

Im Gegensatz zur CDU, die sich für die Enteignung der Schlüsselindustrien und der Bodenschätze aussprach, setzte sich die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) in ihrem Gründungsaufruf vom 6. Juli für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, freie Persönlichkeitsentfaltung und – als einzige Partei der sowjetischen Besatzungszone – eindeutig für ein marktwirtschaftliches System mit Privateigentum an Produktionsmitteln ein. Die SMAD ließ die Liberalen ebenfalls nur unter der Maßgabe des Beitritts zum »Einheitsblock« zu. Ihre Mitgliederzahl stieg von etwa 90 000 auf knapp 200 000 Personen im Jahre 1948.

Die Führungen der beiden bürgerlichen Parteien gerieten sehr schnell in Konflikt mit der SMAD. Die CDU wollte nicht der geplanten entschädigungslosen Bodenreform zustimmen, die LDPD lehnte Direktiven der SMAD ab. Daraufhin setzte

die SMAD sowohl die gewählte CDU- als auch die LDPD-Führung ab bzw. drängte auf deren Rücktritt.

Die vier zugelassenen Parteien mussten in der »Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien« zusammenarbeiten, was de facto ein »Abnicken« der Vorgaben der SMAD und der KPD/SPD bedeutete. Die Blockpolitik war nur Camouflage und diente der Steuerung des Parteiensystems im kommunistischen Interesse. Illusionen der beiden bürgerlichen Parteien, in dem »Block« aufgrund des Konsensprinzips eigene Positionen durchsetzen oder kommunistische abschwächen zu können, zerplatzten recht bald; in keiner entscheidenden Frage konnten sie eigene Vorstellungen durchsetzen. Im Gegenteil: KPD und SPD traten per Vorabsprache den bürgerlichen Parteien geschlossen gegenüber. Äußerte deren Führungspersonal abweichende Meinungen, wurden die Kritiker von der sowjetischen Besatzungsbehörde ihrer Ämter enthoben. Außerdem oblag den Sowjets die Vorzensur aller Referate und die Genehmigung für Versammlungen sowie die Vervielfältigung von Schriftstücken. Hinzu kam die Überwachung aller Parteiaktivitäten durch den sowjetischen Geheimdienst. So erhielten alle auf gesellschaftspolitische Veränderungen zielenden besatzungspolitischen Maßnahmen die Zustimmung aller Blockparteien.

2.1 Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)

Hatte sich anfangs die KPD einer von führenden ostdeutschen Sozialdemokraten angestrebten Vereinigung widersetzt, um den Aufbau ihres eigenen Apparats und ihre gesellschaftliche Verankerung nicht zu gefährden, musste sie nach den für die kommunistischen Parteien negativen Ergebnissen der Wahlen

in Österreich und Ungarn auf Druck der Sowjetunion eine Verschmelzung mit der Sozialdemokratie anstreben. Anknüpfend an mehrere Gespräche und Konferenzen zwischen den Führungsebenen beider Arbeiterparteien, bei denen sich sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede herausgestellt hatten, einigten sich die Parteiführungen im Dezember 1945 auf einen Zusammenschluss. Die SPD strebte die Schaffung einer gesamtdeutschen Partei an, was der Sprecher der westdeutschen Sozialdemokratie, Kurt Schumacher, jedoch nachdrücklich ablehnte. Für ihn war die geplante Einheitspartei ein Instrument der sowjetischen Deutschlandpolitik, der sich die SPD um jeden Preis widersetzen müsse. Die KPD sei keine deutsche Klassenpartei, sondern die Partei eines fremden Staates. Daraufhin verzichtete die ostdeutsche SPD unter Otto Grotewohl auf die gesamtdeutsche Option und bereitete sich auf den Zusammenschluss mit der KPD in der sowjetischen Besatzungszone vor.⁸

Befürworter und Gegner der Vereinigung standen sich innerhalb der SPD in etwa gleicher Anzahl gegenüber. SMAD und KPD verstärkten daraufhin ihren Druck auf die meinungsbildenden Funktionäre der SPD, um die Vereinigung um jeden Preis zu erreichen. Die KPD bediente sich für die »Einheitsfrontpolitik« ihrer in der Weimarer Republik entwickelten Taktik: Sie spannte neu gebildete sozialdemokratische Betriebsorganisationen für ihre Einheitskampagne ein und erzeugte auf diesem Weg »Druck von unten«. Die Parteispitze der SPD im Zentralausschuss und in den Landesvorständen erhielt so den Eindruck einer breiten Bewegung von Vereinigungsbeefürwortern an der Basis; Skeptiker wagten aufgrund des über-

8 Vgl. Klaus Schroeder, *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1949–1990*, 3., vollst. überarb. und stark erw. Neuausg., Wien/Köln/Weimar 2013, S. 38 ff.

all erzeugten Einheitsdrucks häufig keinen offenen Widerspruch.

In diesen Prozess griff die SMAD mit ›Zuckerbrot und Peitsche‹ ein. Vereinigungsgegnern wurden auf materieller Ebene Zugeständnisse gemacht oder sie wurden massiv unter Druck gesetzt, erpresst und verhaftet. So entstand ein Klima, in dem eine freie Meinungsäußerung kaum möglich war. Der Sozialdemokrat Erich Gniffke, der im Auftrag der Parteiführung das Verhalten der Besatzungsmacht gegenüber Vereinigungsgegnern beobachten sollte, stellte in einem zugespitzten Vermerk fest: »Fasse ich die Schilderung zusammen, so ergibt sich eine ähnliche Situation, wie ich sie unter den Nazis im März 1933 im Lande Braunschweig erlebt habe, als überall unsere Genossen ›freiwillig‹ aus ihren Ämtern und ihren Stellungen schieden.«⁹

Im Februar 1946 fiel schließlich die sozialdemokratische Entscheidung für die sofortige Vereinigung. Alle anwesenden Landesvorsitzenden sprachen sich dafür aus, ebenso der Zentralkomitee der Partei. In der KPD gab es zwar auch einige Widerstände gegen die sofortige Verschmelzung, aber die Parteidisziplin sorgte für eine einhellige Zustimmung der entsprechenden Gremien.

Die Gegner der Vereinigung innerhalb der SPD versuchten zumindest in Berlin, mit einer Abstimmung an der Parteibasis die Vereinigung zu verhindern. Diese Abstimmung fand Ende März 1946 allerdings nur in den Westsektoren statt, da die sowjetische Besatzungsmacht sie im Ostsektor nicht zuließ. Bei einer Wahlbeteiligung von 73 % votierte eine große Mehrheit (82,2 %) gegen den sofortigen Zusammenschluss; 61,7 % der Abstimmungsteilnehmer befürworteten jedoch grundsätzlich ein Bündnis mit der KPD. Dieses Ergebnis entsprach auch der

9 Zit. nach: Andreas Malycha / Peter Jochen Winters, *Die SED. Geschichte einer deutschen Partei*, München 2009, S. 32.

Stimmungslage vieler Sozialdemokraten in den ostdeutschen Landesverbänden: Skepsis gegenüber einer sofortigen Vereinigung bei grundsätzlicher Option für einen späteren Zusammenschluss.

Nachdem auf zwei getrennten Parteitag die Delegierten von SPD und KPD einstimmig für die Verschmelzung votiert hatten, wurde die Vereinigung schließlich auf einem gemeinsamen Parteitag am 21./22. April 1946 vollzogen. Aus Sicht der Vereinigungsgegner mag die SED-Gründung eine Zwangsvereinigung gewesen sein, dennoch gab es viele Sozialdemokraten, die der Illusion erlagen, in der neuen Einheitspartei den Kurs zumindest mitbestimmen zu können. Tatsächlich aber dominierten die Führungskader der KPD die neue Partei von Beginn an, und nur Sozialdemokraten, die sich ihrem Diktat unterwarfen und ihre Ideologie übernahmen, durften weiterhin in den Führungsetagen von Partei, Behörden und Gesellschaft agieren.

Zum Zeitpunkt der Gründung zählte die SED offiziell 1,3 Mio. Mitglieder, wobei 620 000 aus der KPD und 680 000 aus der SPD kamen. Damit traten die KPD-Mitglieder nahezu vollständig und die SPD-Mitglieder zum weit überwiegenden Teil in die neue Partei ein. Während in der KPD neue Mitglieder überwogen, bestand in der SPD-Mitgliedschaft eine starke personelle Kontinuität aus der Zeit vor 1933. Die SED konnte ihren Mitgliederstand schnell steigern und erreichte im September 1947 mit 1,8 Mio. eingeschriebenen Genossen ihren vorläufigen Höchststand. Ungefähr jeder zehnte Bewohner der sowjetischen Besatzungszone war damit in der SED organisiert. Die Motivation zum Verbleib oder zum Neueintritt in die Einheitspartei mag unterschiedlich gewesen sein. Neben der Anknüpfung an sozialistische und antifaschistische Traditionen dürften auch Opportunität und Karrieredenken eine maßgebliche Rolle gespielt haben. Die soziale Struktur der Partei

war anfangs noch stark von der Arbeiterschaft und älteren Personen geprägt.

Die Sozialistische Einheitspartei war, auch wenn sie dies erst zwei Jahre später offiziell verkündete, eine genuin kommunistische Partei. Sozialdemokraten, die an ihre politischen und ideologischen Traditionen anknüpfen wollten, wurden aus der Partei gedrängt, verfolgt und inhaftiert. Andere Sozialdemokraten – mit Grotewohl an der Spitze – fügten sich schnell in das totalitäre Denken der Kommunisten ein und gehörten bald zu den schärfsten Kritikern des »Sozialdemokratismus«. Die Mehrzahl ehemaliger Sozialdemokraten passte sich freilich still und unauffällig an. Nicht wenige von ihnen sahen eine soziale und berufliche Karriere für sich, da die Vertreibung der alten Eliten ein Vakuum an beruflichen Positionen hatte entstehen lassen, das Mitglieder ihrer Partei ausfüllen konnten. Wie auch immer einzelne Sozialdemokraten sich verhalten haben mögen, als Ergebnis der SED-Gründung bleibt festzuhalten, dass seit April 1946 keine freiheitliche sozialdemokratische Kultur in der sowjetischen Besatzungszone mehr existieren durfte.

2.2 Die Gründung weiterer Parteien und Massenorganisationen

Zur Schwächung der beiden bürgerlichen Parteien CDU und LDPD entstanden auf Weisung der SED in Abstimmung mit der SMAD zwei neue Parteien, um den bürgerlichen Parteien ihre politische Klientel abzuwerben. Eine Zielgruppe war die Bauernschaft, die sich in der im April 1948 gegründeten Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) organisieren sollte, die andere bestand in Mitläufern der NSDAP, ehemaligen Offizieren und Kriegsgefangenen sowie Vertriebenen, die

in der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) eine politische Heimat finden sollten. Beide Parteien konnten jedoch die ihnen zugewiesene Aufgabe nur bedingt erfüllen, weil ihre Resonanz in der Bevölkerung begrenzt blieb.

Da nach leninistischem Verständnis die Arbeiterschaft und andere Bevölkerungsgruppen über kein Klassenbewusstsein verfügen, war es Aufgabe der kommunistischen Partei – als Avantgarde der Arbeiterklasse –, dieses mit Hilfe verschiedener von ihr gelenkter und kontrollierter Massenorganisationen zu entwickeln. Im Februar 1946 gründete sich der »Freie Deutsche Gewerkschaftsbund« (FDGB) mit 2 Mio. Mitgliedern. Erst verdeckt und dann in öffentlicher Verlautbarung übernahmen Kommunisten die Macht in der Gewerkschaftsspitze und gestalteten die Einheitsgewerkschaft zu einer vollständig kommunistisch gesteuerten Massenorganisation um. 1950 bekannte sich der FDGB zum Marxismus-Leninismus und zur »führenden Rolle« der SED. In der Präambel der neuen Satzung vom Juni 1955 schlug sich diese Entwicklung schließlich auch formell nieder: »Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund ist die Klassenorganisation der in der DDR herrschenden Arbeiterklasse, die in festem Bündnis mit den werktätigen Bauern steht, und bekennt sich zur Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Partei der deutschen Arbeiterklasse.«¹⁰

Weitere wichtige Massenorganisationen, die als Transmissionsriemen kommunistischer Politik agieren sollten, waren der »Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands« (KB), der »Demokratische Frauenbund Deutschlands« (DFD) sowie die »Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe« (VdGB) und die »Gesellschaft für Sport und Technik« (GST). Hinzukamen die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) sowie die Volkssolidarität, die weitreichende soziale

¹⁰ Zit. nach: Steininger (Anm. 6), S. 162.